

Sachbericht für das Jahr 2004

Spätaussiedlerberatungsstelle Meerbusch-Lank

Berichtszeitraum: 01.01.04 bis 31.12.04

Caritasverband für das Stadtdekanat Neuss e.V.

Migrationsdienst

Fachdienst für Integration und Migration

Salzstraße 55

41460 Neuss



Einleitung

Im Jahr 2004 arbeitete der Migrationsdienst im Rahmen des Projektes „Profilierung der Caritas-Migrationsdienste („ProMigra) an seiner Weiterentwicklung zum Fachdienst für Integration und Migration. Zentrales Anliegen ist die Förderung der Integration von Neuzuwanderern und bereits hier länger lebender Menschen mit Migrationshintergrund. Dazu gehört auch die nach Pro Migra geforderte Umsetzung der Handlungsfelder. Die Stelleninhaberin arbeitete intensiv in den Handlungsfeldern „Erstintegration von Neuzuwanderern“, „Nachholende Integration“ und „Sozialraumorientierte Integrationsarbeit“ mit.

Die Mitarbeiterin machte sich insbesondere mit den neuen Anforderungen im Rahmen der Erstintegration vertraut. Bei Neuzuwanderern, die innerhalb der letzten drei Jahre nach Deutschland eingereist sind, erfolgt Beratung als Case-Management mit den Elementen Potentialanalyse, Integrationsförderplan und Verlaufskontrolle.

Nach wie vor wurden im Übergangwohnheim für Spätaussiedler in Meerbusch-Lank zu fest eingerichteten Sprechstunden Beratung angeboten. Daneben wurden Hausbesuche und ein Deutschkurs für Frauen verschiedener Nationalitäten in Meerbusch-Büderich angeboten.

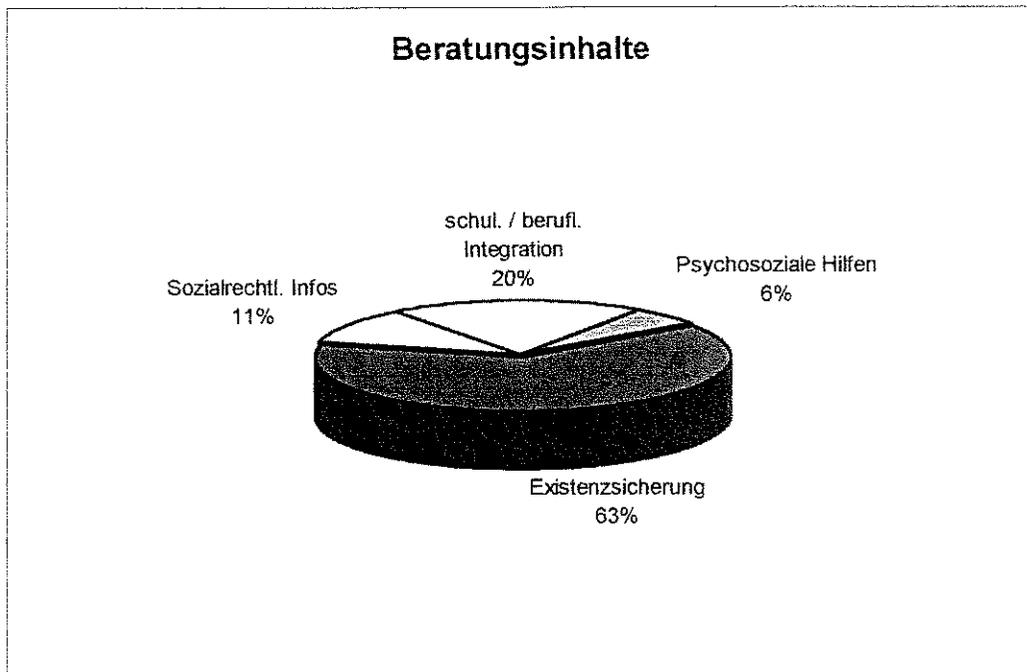
Zur fortlaufenden Sicherung und Erweiterung der fachlichen Kompetenz der Mitarbeiterin dienten regelmäßige Team- und Dienstbesprechungen. Zudem besuchte sie drei Tagungen des Diözesan-Caritasverbandes für das Erzbistum Köln, die sich mit der Neustrukturierung der Migrationsdienste, der Vertiefung der Rechtskenntnisse insbesondere im Hinblick auf das Zuwanderungsgesetz und mit der Umsetzung der Handlungsfelder beschäftigten. Im Rahmen des Handlungsfeldes „Sozialraumorientierte Integrationsarbeit“ besuchte die Mitarbeiterin eine Fortbildung des Deutschen Caritasverbandes mit dem Thema „Netzwerkarbeit – Impulse für eine innovative Praxis“. Zudem nahm die Mitarbeiterin im Herbst 2004 an einer mehrtägigen EDV-Fortbildung teil, die sich mit den Grundlagen von Word und Excel beschäftigte.

Beobachtungen und Entwicklungen in der Einzelfallhilfe

In der Einzel- und Familienberatung werden verschiedenste Probleme, z. B. existentieller, psychosozialer, gesundheitlicher oder migrationsspezifischer Art bearbeitet. Die Beratung umfasst ebenso Krisenintervention, aktuelle Entscheidungshilfen und Informationsvermittlung.

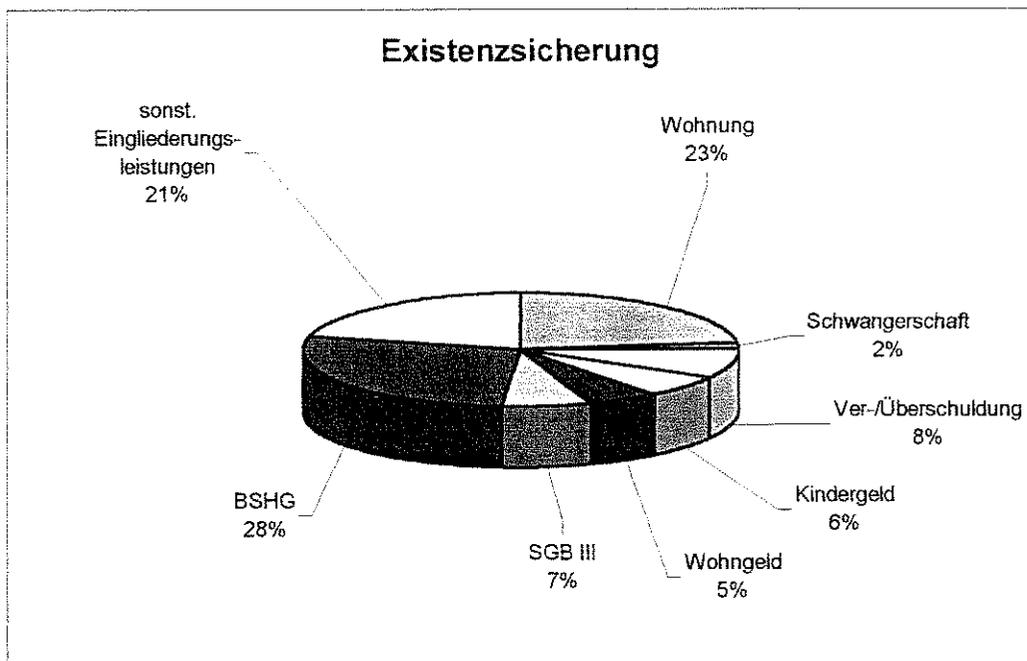
Im Bereich der Einzelfallhilfe wurden im Berichtszeitraum 62 Klienten beraten, dabei kam es zu ca. 450 Beratungskontakten. Die Anzahl der erfassten Klienten bezieht sich in der Regel nur auf diejenige Person, welche die Beratungsstelle aufsucht. In die tatsächliche Beratungsarbeit sind jedoch Familienangehörige und andere Bezugspersonen mit einbezogen, die in der Statistik nicht gesondert erfasst sind. Alle aufgeführten Aussagen beziehen sich zunächst ausschließlich auf die erhobenen Daten aus dem Bereich der Einzelfallhilfe.

Folgende Beratungsbereiche wurden abgedeckt:



Die wichtigsten Themen in der Beratung waren Familienzusammenführung, Verschuldung/Überschuldung, Wohnungssuche, Fragen zu und Vermittlung in Deutschkurse, Arbeitslosigkeit/Arbeitssuche sowie der Bereich Sozialleistungen/Soziale Sicherheit.

Das nächste Schaubild zeigt die einzelnen Themen der Existenzsicherung:



Die berufliche Integration war wie im Jahr zuvor ein zentrales Thema in der Beratung. Neben der intensiven Zusammenarbeit mit dem Jugendmigrationsdienst umfasste die Beratung Motivationsarbeit zum Besuch von Deutschkursen sowie die konkrete Vermittlung. Die Unterstützung bei der Arbeitssuche umfasste neben dem Erstellen von Bewerbungsanschreiben und Lebensläufen, Informationsweitergabe über Qualifizierungsprojekte und Evaluierung von Stellenangeboten. In Neuss haben Migranten einmal in der Woche die Möglichkeit, neben der Sichtung von Stellenangeboten über den Internetauftritt der Arbeitsagentur unter Hilfestellung am Computer individuelle Bewerbungsmappen zu erstellen. Die Stelleninhaberin motivierte auch Meerbuscher, dieses Angebot wahrzunehmen. Zudem führte sie auch individuelle Bewerbungstrainings durch.

Die Beratung beinhaltete die enge Kooperation mit Ämtern und Institutionen (v.a. Sozialamt, Arbeitsamt, Krankenkassen), Vermietern (insbesondere Wohnungsbaugesellschaften), Schulen, Kindergärten, Mutter-Kind-Gruppen, aber auch mit Fachdiensten (z.B. Schwangerschaftsberatung), niedergelassenen Ärzten und Rechtsanwälten.

Aktivitäten außerhalb der Einzelfallhilfe

Das in 2003 in Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis „Spätaussiedlerarbeit in Meerbusch“ erarbeitete Konzept für einen Deutschkurs für junge Mütter mit Kindern bis zu 5 Jahren in Meerbusch-Büderich konnte im Berichtszeitraum von der Stelleninhaberin umgesetzt werden. Nach längerer Suche erklärte sich die AWO bereit, ihre Räumlichkeiten kostenfrei zur Verfügung zu stellen. Seit Oktober 2004 nehmen an dem Deutschunterricht, der von einer qualifizierten Fachkraft durchgeführt wird und montags und freitags in den Vormittagsstunden stattfindet, vierzehn Frauen verschiedener Nationalitäten teil. Unter den Teilnehmerinnen befinden sich sieben Spätaussiedlerinnen sowie Frauen u.a. aus Ex-Jugoslawien, Japan und Brasilien. Durchschnittlich werden vier Kinder betreut, die zwischen 1 und 3 Jahren alt sind. Die Kinder der anderen Teilnehmerinnen besuchen den Kindergarten oder bereits die Schule. Zwischen der Deutschlehrerin, der Kinderbetreuerin, die Spätaussiedlerin ist, der Leiterin der AWO-Seniorentagesstätte und der Mitarbeiterin des Caritasverbandes hat sich ein verlässliches Netzwerk entwickelt, das von gegenseitigem Vertrauen geprägt ist.

Der Arbeitskreis „Spätaussiedlerarbeit in Meerbusch“, an dem neben der Mitarbeiterin des Caritasverbandes sowohl Vertreter der Stadt, die Spätaussiedlerberatung der Diakonie Meerbusch, der Jugendmigrationsdienst für den Rhein-Kreis Neuss und die Jugendzentren „Sky-Club“ und „Atrium“ beteiligt sind, nahm in 2004 die Spätaussiedlerjugendlichen in Meerbusch-Büderich ins Blickfeld, die sich auf der Straße treffen, da bisher keine Angebote für sie im Stadtteil bestehen. Im Berichtszeitraum fand ein Austausch über die Situation in Meerbusch-Büderich mit den Mitarbeitern des Stadtteilbüros und des Abenteuerspielplatzes statt. Im kommenden Jahr sollen konkrete Maßnahmen erarbeitet und umgesetzt werden.

Da der Deutschkurs in Meerbusch-Büderich gezeigt hat, dass es vielfältige Verknüpfungspunkte zwischen der Spätaussiedler- und Flüchtlingsberatung vorhanden sind, wurde der Arbeitskreis „Spätaussiedler- und Flüchtlingsberatung in Meerbusch“ ins Leben gerufen. Dieser kam im Berichtszeitraum zweimal zusammen. Während es im Berichtszeitraum um das gegenseitige Kennenlernen und den Austausch ging, sollen auch in 2005 gemeinsame Projekte erarbeitet werden.

Sachbericht für das Jahr 2004
Flüchtlingssozialdienst –
Aussenstelle Meerbusch-Büderich

Berichtszeitraum: 01.01.04 bis 31.12.04

Caritasverband für das Kreisdekanat Rhein-Kreis Neuss e.V.
Fachdienst für Integration und Migration
Salzstraße 55
41460 Neuss



Caritasverband für das Stadtdekanat Neuss e.V.
Migrationsdienst
Sozialdienst für Flüchtlinge - Außenstelle Meerbusch-Büderich

Sachbericht 2004

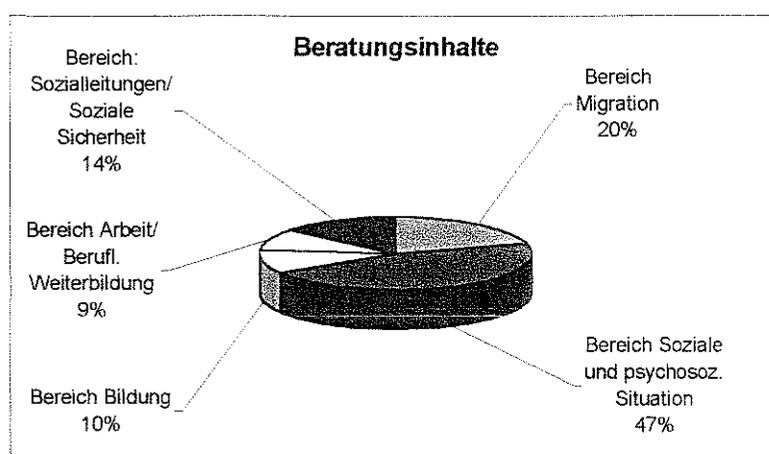
Der im Jahr 2002 auf der Ebene der Diözesan-Caritasverbände in NRW initiierte Prozess einer zukunftsorientierten Neuausrichtung der Migrationsdienste als Fachdienste für Integration und Migration ist auch im Neusser Caritasverband im Berichtsjahr 2004 weitergeführt worden. Nach diesem Projekt **ProMigra** (Profil der Migrationsdienste) sind 10 Handlungsfelder eingeführt worden, die von den einzelnen Caritas-Mitarbeitern schwerpunktmäßig besetzt werden. Für die in der Außenstelle Meerbusch-Büderich tätige Mitarbeiterin bedeutete dies, daß sie aufgrund der Bewohnerstrukturen in dem Übergangwohnheim Cranachstraße und in dem Ortsteil Büderich neben ihrem originären Arbeitsschwerpunkt der Flüchtlingsarbeit („Temporäre Integration“) auch konzeptionelle und inhaltliche Mitarbeit in den Handlungsfeldern „Integration von Neuzuwandernern“ und „sozialraumorientierte Integrationsarbeit“ geleistet hat.

Wie in den Vorjahren wurde von der Caritasmitarbeiterin die Beratungs- und Betreuungsarbeit für alle im Meerbuscher Stadtteil Büderich lebenden Flüchtlinge kontinuierlich fortgesetzt. Es wurden hierzu regelmäßige Sprechstunden an drei Tagen der Woche in den Büros Cranachstraße 2, bzw. Karl-Arnold-Straße 36 angeboten, die auch weiterhin mit 327 Beratungskontakten gut besucht waren.

Hierbei wurden die bisherigen bewährten Kontakte zu anderen Behörden und Institutionen weiter gepflegt. Die Zusammenarbeit mit den Verwaltungen und anderen Fachdiensten ist für die Arbeit der Flüchtlingsberaterin notwendig und ebenso selbstverständlich, wie im Bedarfsfall die Vermittlung und Weiterleitung an andere Dienste.

Einzelfallhilfe

Bundesweit ist die Zahl der neu hinzugekommenen Flüchtlinge im Jahr 2004 um ca. 29% gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen. Diese Zahl spiegelte sich auch in der Beratungsarbeit der Caritasmitarbeiterin im vergangenen Jahr wider. Von den 53 beratenen Personen aus 10 verschiedenen Ländern stammten 55% aus dem Personenkreis der seit längerem in Büderich lebenden, geduldeten Flüchtlingen. So waren 47% der insgesamt 527 Beratungsinhalte dem Bereich „Soziale und psychosoziale Situation“ zuzuordnen. Hier machte sich neben den Problemen eines dauerhaften Wirtschaftens am Existenzminimum und damit der Gefahr von Verschuldung vor allem die zunehmende psychische Belastung der Flüchtlinge bemerkbar. So sind gesundheitliche und psychische Probleme – oft genug in Kombination - sehr häufig thematisiert und bearbeitet worden. Auch die häufig behandelten Fragen bezüglich des Aufenthaltsrechtes (20%) zeugten von hohem Informationsbedarf zum neuen Zuwanderungsgesetz, bzw. dem Bedürfnis der Klienten nach einem Aufenthaltstatus, der ihnen verbesserte Perspektiven aus ihrer von Unsicherheit und Restriktionen geprägten Lebenssituation bietet.



(detaillierte grafische Darstellung der Inhalte im Anhang)

Anders als bei den Flüchtlingen mit ungesichertem Aufenthalt wurden die Sprechstunden der Mitarbeiterin von der Gruppe der Jüdischen Kontingentflüchtlinge (ca. 17 % der beratenen Personen) weiterhin zurückhaltend aufgesucht. Obwohl das Übergangwohnheim bei dieser Personengruppe die stärksten Zuzüge zu verzeichnen hatte und das Beratungsangebot der Mitarbeiterin bekannt war, kamen recht wenig Kontingentflüchtlinge in die Sprechstunde. Hier waren vor allem Anfragen nach Sprachkursen, zur Eingliederungshilfe/ BSHG und zur Arbeits- und Wohnungssuche zu verzeichnen, die teilweise schnell geklärt werden konnten.

Maßnahmen außerhalb der Einzelfallhilfe

Im ersten Halbjahr 2004 konnten die laufenden Gruppenarbeiten wie Hausaufgabenhilfe, Deutschkurs und Deutschgruppe sowie diverse Spielangebote weiter durchgeführt werden. Aufgrund personeller und inhaltlicher Gründe sind für das zweite Halbjahr Änderungen vorgenommen worden. So mussten die beiden Ehrenamtlichen trotz des Erfolges der beiden Deutschkurse aus persönlichen Gründen ihr Engagement reduzieren, so daß seit dem zweiten Halbjahr 2004 nur ein Kurs 1x wöchentlich durchgeführt wurde.

Die offene Hausaufgabenbetreuung ist aufgrund der unregelmäßigen Nachfrage und der zu großen Bandbreite des schulischen Inhaltes (1.-6. Klasse) von der Mitarbeiterin vorerst eingestellt worden. Für eine regelmäßige und intensive Förderung einer kleinen Gruppe von Grundschulkindern konnte hingegen eine ehemalige Grundschullehrerin gewonnen werden, die seit September 2004 in den Betreuungsräumen ehrenamtlich tätig ist. Einen Beitrag zur sprachlichen Förderung der Flüchtlingskinder leistete die Caritasmitarbeiterin durch Vorlesestunden, die seit dem Spätherbst des Berichtjahres angeboten werden.

Die Zusammenarbeit mit der Kollegin von der Spätaussiedlerarbeit konnte im Jahr 2004 weiter intensiviert werden. So wurde am 07.04.2004 mit russisch sprechenden Personen - also Spätaussiedlern und Kontingentflüchtlingen - ein gemeinsamer ganztätiger Ausflug zu der Ausstellung „Sledy-Spuren“ im Haus der Geschichte in Bonn durchgeführt. Hierdurch wurde den angesprochenen Personen nicht nur die Möglichkeit gegeben, Gemeinsamkeiten in der deutsch-russischen Geschichte und Kultur zu entdecken, sondern auch untereinander Kontakte zu knüpfen.

Auch war der Mitarbeiterin die Mithilfe bei der Organisation des gemeinsam von dem Arbeitskreis „Spätaussiedler in Meerbusch“, der Stadt Meerbusch, und dem Rotarier-Club initiierten „Sprachkurses für junge Mütter“ in den Räumen der AWO selbstverständlich. Regelmäßige Treffen der Flüchtlingsberater in Meerbusch untereinander und zusammen mit dem Arbeitskreis „Spätaussiedler in Meerbusch“ verfestigten diese Kooperation vor Ort.

Qualifizierung der Mitarbeiterin

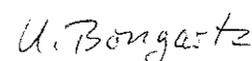
Neben Dienstbesprechungen und regelmäßigen Treffen zum Erfahrungsaustausch mit Fachkollegen nahm die Mitarbeiterin an Fachtagungen im Diözesan-Caritasverband und Informationsveranstaltungen zu aktuellen Gesetzesänderungen teil. Die Mitarbeit an Konzeption und Etablierung der Handlungsfelder im Caritasverband Neuss erforderte eine intensive Auseinandersetzung mit den Zielen und Inhalten einer qualifizierten Arbeit mit Migrantinnen und gewährleisteten eine starke Reflexion der Arbeit.

Diese Qualifizierungen der Mitarbeiterin erfolgten auch in Hinblick auf die Veränderungen in der Migrationsarbeit, die durch Einführung des neuen Zuwanderungsgesetzes notwendig werden. Hier ist vor allem die Teilnahme an einer 4-tägigen Fortbildung im Case-Management erwähnenswert, die eine wichtige Arbeitsgrundlage bildet für eine gezielte Integrationsförderung nach den neuen Vorgaben des Gesetzgebers

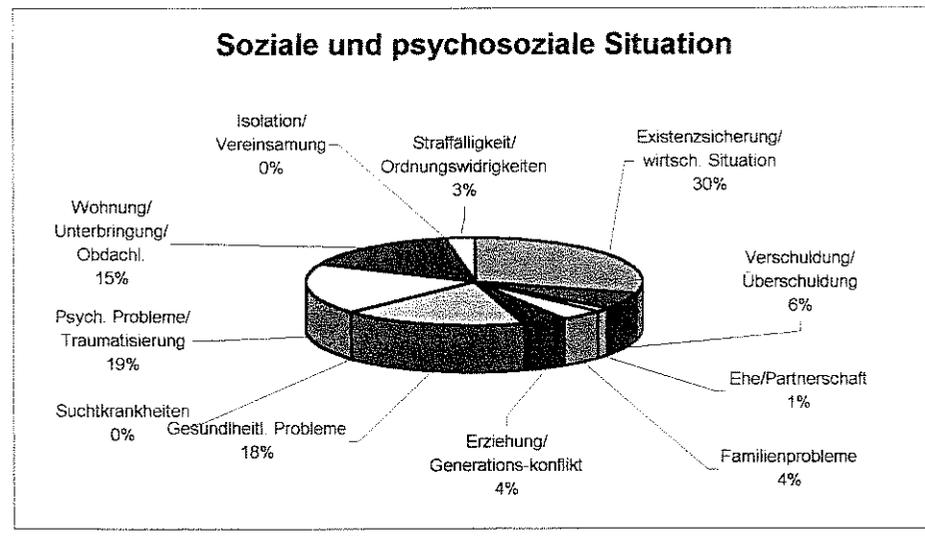
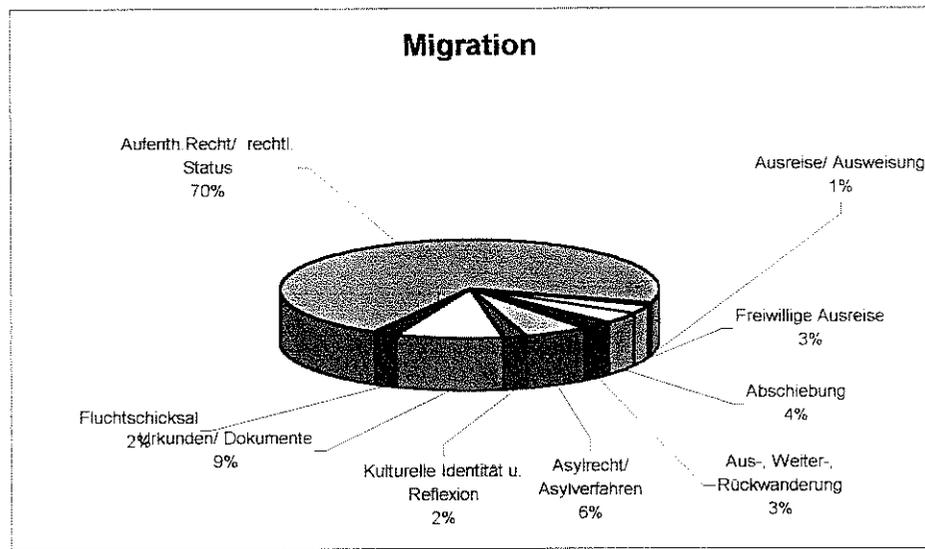
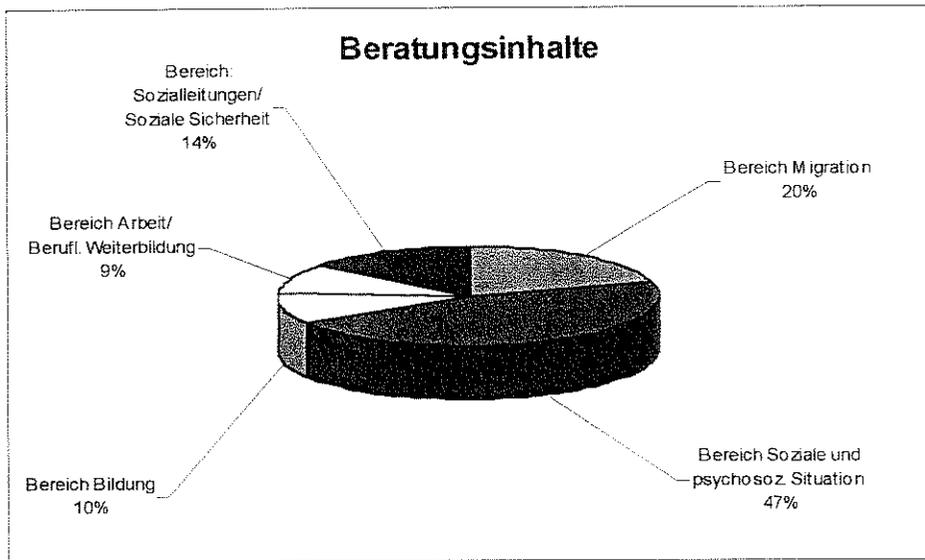
Neuss, den 16.02.2005

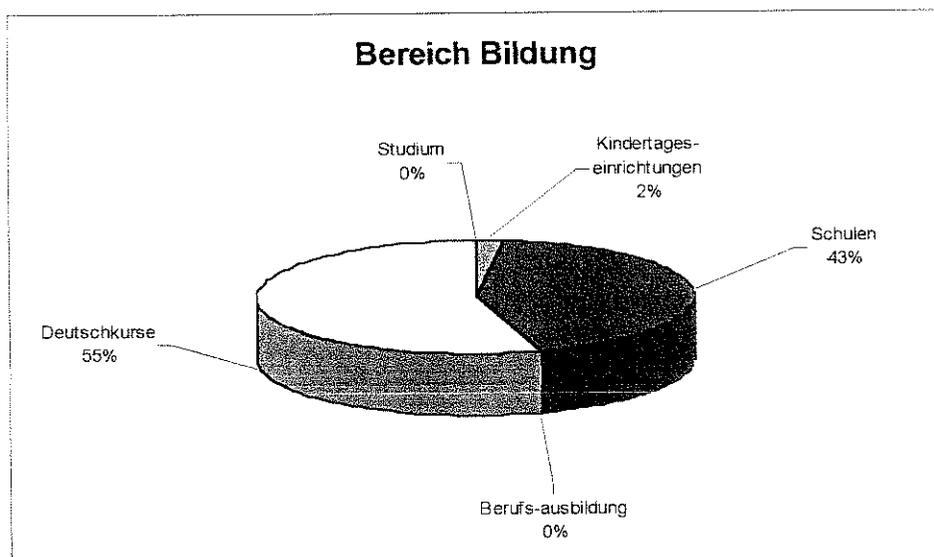
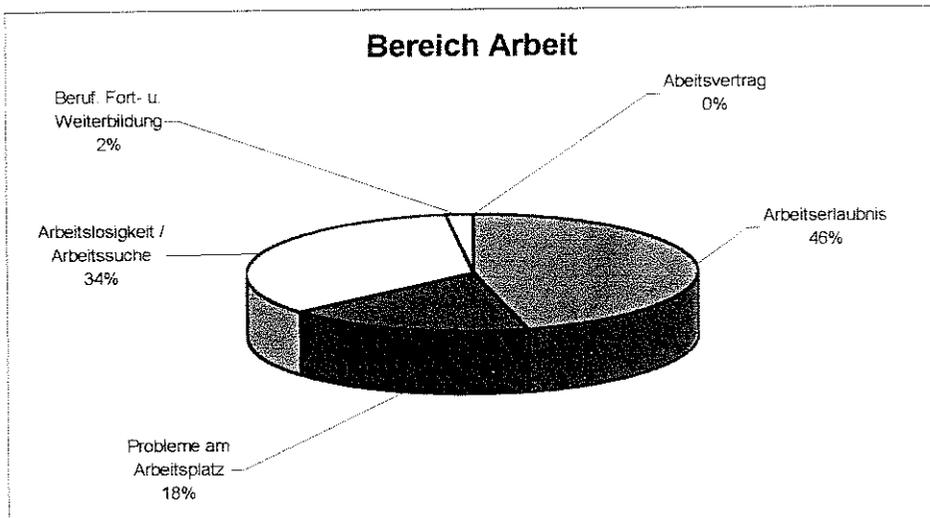
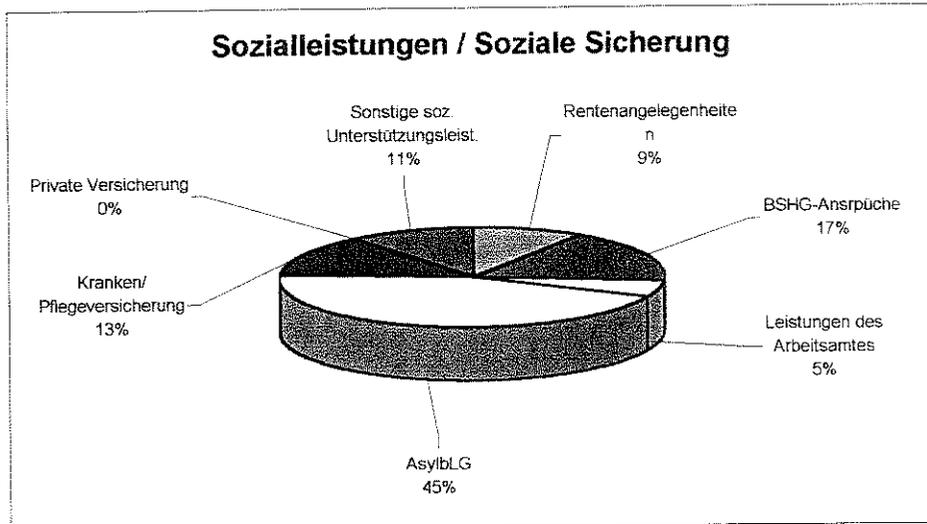


Werner Hackländer
(Bereichsleiter)



Ulrike Bongartz
(Diplom-Sozialarbeiterin)





wanderten Personen erfasst, ohne diejenigen, die zurzeit eine sprachliche oder berufliche Qualifizierungsmaßnahme absolvieren.

Mit nur mangelhaft ausgeprägten Deutschkenntnissen fehlt den Spätaussiedlern die Schlüsselqualifikation für den Zugang zum Arbeitsmarkt. Hinzu kommt, dass die mitgebrachten Berufe häufig wegen der anderen Qualitätsstrukturen nicht den hiesigen Anforderungen entsprechen.

Viele Spätaussiedler haben es nicht gelernt, selbst aktiv zu werden. Dies führt zu einer abwartenden Haltung bei der Eingliederung in die Arbeitswelt. Sofern überhaupt eine Einbindung in den Arbeitsmarkt gelingt, geschieht es meist unter Niveau, häufig für ungelernete Tätigkeiten, womit wiederum das Risiko einer baldigen und lang andauernden Arbeitslosigkeit verbunden ist.

Zur Situation in Osterath

Im Januar 2004 lebten in den Übergangswohnungen an der Paul-Klee-Straße in Osterath 63 Spätaussiedler. Viele Familien, die bereits in den vergangenen Jahren oder auch 2004 nach Meerbusch eingereist waren, haben im Laufe des Jahres Sozialwohnungen in Meerbusch gefunden.

Die Verweildauer in den Übergangswohnungen wird zunehmend geringer, da zur Zeit das Angebot an Sozialwohnungen, vor allem in Büderich, recht gut ist. Momentan wohnen 67 Spätaussiedler in den Übergangswohnungen in Osterath.

Methodische Beratungsarbeit

Die Beratung und Betreuung dieser Familien erfolgte im Stadtteil Osterath durch die Dipl.-Sozialarbeiterin Charlotte Kettl in Form von offenen Sprechstunden in dem Übergangwohnheim Paul-Klee-Straße, durch Hausbesuche im Rahmen der Nachbetreuung sowie durch Gruppenangebote.

Aufgrund der kürzeren Verweildauer in den Übergangwohnheimen hat sich der Anteil, der uns aufsuchenden Spätaussiedler, die schon in eigenen Wohnungen leben, stark erhöht. Diese Ratsuchenden nutzen gerne das Angebot der späten Sprechstunde am Donnerstagabend. Auch die Möglichkeit einer Terminvereinbarung außerhalb der offenen Sprechstunden wird von einer hohen Anzahl der Spätaussiedler gerne in Anspruch genommen.

Das Konzept der Diakonie, die Beratung in den verschiedenen Phasen der Integration hat sich bewährt. Es umfasst alle Fragestellungen, die für die Zuwanderer relevant sind.

So geben wir bei den Erstberatungen Informationen zu unseren Systemen der sozialen Sicherung, zu Rechten und Pflichten als Zuwanderer (Wohnungssuche, Sprachkurse, Ausbildung, Schule, Kindergarten, Umweltschutz, Versicherungen, Kredite).

Da aufgrund der mangelnden deutschen Sprachkenntnisse der deutschstämmigen Spätaussiedler deren Ehepartner oftmals als Ausländer hier einreisen, hat diese Gruppe der Zuwanderer zunehmend mehr Hilfestellung hinsichtlich der Status- und Verfahrensfragen benötigt. Ein weiteres Problem dieses Personenkreises war die fehlende Sprachförderung. Das Arbeitsamt hat im Hinblick auf das neue Zuwanderungsgesetz keine Mittel hierfür mehr zur Verfügung gestellt.

Ein ehrenamtlicher Mitarbeiter aus Osterath, der auch über russische Sprachkenntnisse verfügt, hat daraufhin speziell für diese Zuwanderungsgruppe mehrmals in den Woche individuelle Sprachförderung im Übergangwohnheim angeboten, und wird dies bei Bedarf auch im kommenden Jahr anbieten.

In der weiterführenden Beratung zeigen wir Möglichkeiten zur schulischen und beruflichen Orientierung auf, in Kooperation mit dem Arbeitsamt, dem Sozialamt, dem Jugendgemeinschaftswerk und der Otto-Bennecke-Stiftung. Hierbei unterstützen wir die Spätaussiedler bei der Durchführung ihrer Berufsanerkennungen, sowie bei dem Erstellen von Bewerbungsmappen. Vielfach hat unsere Mitarbeiterin in Rollenspielen mit Aussiedlern die Situation bei Bewerbungsgesprächen eingeübt, und sie anschließend zu diesen Gesprächen begleitet. So sind wieder mehrere Arbeitsaufnahmen und Umschulungsmaßnahmen möglich geworden. Ein Jugendlicher konnte in eine Ausbildungsstelle in Osterath vermittelt werden.

Im Rahmen der Gesundheitsprävention haben wir Kochkurse durchgeführt, in denen wir den Aussiedlerfrauen aufgezeigt haben, wie man mit einheimischen Produkten vollwertig kochen kann, haben Diätpläne zur Gewichtsreduzierung mit Betroffenen erstellt, sowie über ernährungsbedingte Krankheiten informiert.

Der Beratungs- und Unterstützungsbedarf von Spätaussiedlern lässt mit wachsender Aufenthaltsdauer nicht zwangsläufig nach, er verändert sich nur. So nahm im letzten Jahr die psycho-soziale Beratung ständig an Bedeutung zu.

Auf der Suche nach einer neuen Identität und sinnvoller Lebensplanung kommt es in den Familien vielfach zu großen Spannungen. Zum einen locken die neuen sozialen und wirtschaftlichen Möglichkeiten, zum anderen kommt es aber auch häufig zu Trauerreaktionen über den Verlust der bisherigen Heimat und zu Enttäuschungen über unrealistische Hoffnungen und Erwartungen hinsichtlich der Integration auf dem Arbeitsmarkt.

Mit dieser Problematik beschäftigt sich auch der Arbeitskreis „Spätaussiedler“, in dem auf örtlicher Ebene Sozialarbeiter der Stadtverwaltung, der Caritas, der Diakonie, dem Jugendgemeinschaftswerk, sowie der Jugendzentren „Nussschale“ in Osterath und Atrium in Lank als gut funktionierendes soziales Netzwerk zusammenarbeiten.

So hat dieser Arbeitskreis 2004 einen Deutschkurs für junge Mütter mit Kinderbetreuung eingerichtet, der z. Z. in der „Böhlersiedlung“ in Büderich jungen Müttern, die aufgrund der Versorgung von Kleinkindern nicht an den anderweitig angebotenen Sprachkursen teilnehmen können, die Möglichkeit gibt deutsch zu lernen.

Weitere Angebote für jugendliche Spätaussiedler ebenfalls in der „Böhlersiedlung“ sind für 2005 geplant.

Die Diakonie sieht in diesen Gruppenangeboten eine Kernaufgabe der Integrationsbegleitung für die Spätaussiedler. Wir bieten themenorientierte Gesprächskreise, Informationsveranstaltungen, besuchen gemeinsam Städte und Museen in der Region. Die Spätaussiedler nutzen gerne die Möglichkeit der Begegnung und des Austausches untereinander. Das Erlebnis, dass viele in einer ähnlichen Lage sind oder die Erkenntnis, dass Spätaussiedler, die schon vor Jahren eingereist sind, erfolgreiche Schritte hinsichtlich der Integration unternommen haben, wirkt sich im Rahmen des Gruppenprozesses sehr positiv auf das Integrationsgeschehen aus.

Über diese Gruppenangebote und durch Hausbesuche in der Nachbetreuung, halten wir Kontakt zu zahlreichen Familien in Meerbusch und Krefeld.

Durch regelmäßige Teilnahme unserer Mitarbeiterin an Weiterbildungsveranstaltungen unseres Dachverbandes in Düsseldorf werden fundierte Kenntnisse in allen die Eingliederung betreffenden rechtlichen Regelungen ständig auf dem neuesten Stand gehalten.

Ein breites Hintergrundwissen über die geschichtlichen Erfahrungen und die jetzige Situation der ethnischen Minderheiten in den GUS-Staaten hat sich unsere Mitarbeiterin während ihrer mittlerweile 15-jährigen kontinuierlichen Aussiedlerberatung angeeignet. Dadurch ist ein umfassendes für die Arbeitsinhalte wichtiges interkulturelles Arbeiten gewährleistet, um die Einstellungen und Handlungen der Zuwanderer deuten und verstehen zu können.

Da diese Zuwanderungsprozesse auch zukünftig in Deutschland zur gesellschaftlichen Normalität gehören werden, sollten diese Integrationsförderungen im Rahmen der Beratungsangebote in der Stadt Meerbusch weiterhin erhalten bleiben, um für die zugewanderten Menschen eine dauerhafte Integration zu gewährleisten.

Meerbusch, den 15.01.2005

Charlotte Kettl

Jahresbericht für das Jahr 2004

über

**die Beratung und Betreuung
von Spätaussiedlern im Stadtteil Osterath**

und

**die Beratung und Betreuung
von Asylbewerbern**

Charlotte Kettl
Dipl.-Sozialarbeiterin

Beratung und Betreuung von Spätaussiedlern im Stadtteil Osterath

Jahresbericht 2004

Allgemeine Problemlage

In den letzten Jahren sind mehr als zwei Millionen Menschen als Aussiedlerinnen und Aussiedler nach Deutschland eingereist. Davon stammten bereits zu Beginn der 90er Jahre über 90% aus den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion. Die Gründe für die Ausreise liegen vor allem in der ökonomischen und politischen Instabilität der Region.

Aussiedler bzw. Spätaussiedler sind Deutsche im Sinne des Grundgesetzes. Sie werden hier aufgrund von Benachteiligungen oder Nachwirkungen früherer Benachteiligungen, denen sie als deutsche Volkszugehörige in ihren Heimatländern unterlagen, aufgenommen und erhalten sofort den vollen Staatsbürgerstatus, sind aber in ihrer Lebenslage, die durch das Überschreiten einer Sprach- und Kulturgrenze bestimmt ist, mit den übrigen Zuwanderern vergleichbar und bedürfen ähnlicher Hilfestellungen.

Denn anders als in der Vergangenheit stellen die eigentlichen Spätaussiedler heute nur noch die Minderheit unter den Zuwanderern. Bei fast drei Vierteln handelt es sich um Familienangehörige, die im Allgemeinen keine deutsche Sprachkenntnisse mehr aufweisen. Der Familienbegriff im Rahmen der Aussiedlerzuwanderung geht weit über die ausländerrechtlichen Bestimmungen hinaus und umfasst z. B. auch alle erwachsenen volljährigen Kinder. Um einreisende Familien nicht auseinander zu reißen, werden darüber hinaus auch die Ehepartner der Kinder sowie bestimmte Gruppen von Stiefkindern mit in den Aufnahmebescheid einbezogen.

Angesichts schwindender Ressourcen und eines angespannten Arbeits- und Ausbildungsmarktes sind in den letzten Jahren die Schwierigkeiten gewachsen die Spätaussiedler schulisch, beruflich und gesellschaftlich zu integrieren. Langzeitarbeitslosigkeit und eine zunehmende Abhängigkeit der Aussiedler von der Sozialhilfe sowohl von Jugendlichen als auch von Erwachsenen nehmen zu.

Die reale Arbeitslosenquote, bezogen auf den Anteil der Spätaussiedler an der Gesamtbevölkerung, liegt für diese Zuwanderergruppe in NRW bei ca. 25%. Dabei sind nach der Statistik der Arbeitsverwaltung nur die in den letzten fünf Jahren zuge-

wanderten Personen erfasst, ohne diejenigen, die zurzeit eine sprachliche oder berufliche Qualifizierungsmaßnahme absolvieren.

Mit nur mangelhaft ausgeprägten Deutschkenntnissen fehlt den Spätaussiedlern die Schlüsselqualifikation für den Zugang zum Arbeitsmarkt. Hinzu kommt, dass die mitgebrachten Berufe häufig wegen der anderen Qualitätsstrukturen nicht den hiesigen Anforderungen entsprechen.

Viele Spätaussiedler haben es nicht gelernt, selbst aktiv zu werden. Dies führt zu einer abwartenden Haltung bei der Eingliederung in die Arbeitswelt. Sofern überhaupt eine Einbindung in den Arbeitsmarkt gelingt, geschieht es meist unter Niveau, häufig für ungelernete Tätigkeiten, womit wiederum das Risiko einer baldigen und lang andauernden Arbeitslosigkeit verbunden ist.

Zur Situation in Osterath

Im Januar 2004 lebten in den Übergangswohnungen an der Paul-Klee-Straße in Osterath 63 Spätaussiedler. Viele Familien, die bereits in den vergangenen Jahren oder auch 2004 nach Meerbusch eingereist waren, haben im Laufe des Jahres Sozialwohnungen in Meerbusch gefunden.

Die Verweildauer in den Übergangswohnungen wird zunehmend geringer, da zur Zeit das Angebot an Sozialwohnungen, vor allem in Buderich, recht gut ist. Momentan wohnen 67 Spätaussiedler in den Übergangswohnungen in Osterath.

Methodische Beratungsarbeit

Die Beratung und Betreuung dieser Familien erfolgte im Stadtteil Osterath durch die Dipl.-Sozialarbeiterin Charlotte Kettl in Form von offenen Sprechstunden in dem Übergangwohnheim Paul-Klee-Straße, durch Hausbesuche im Rahmen der Nachbetreuung sowie durch Gruppenangebote.

Aufgrund der kürzeren Verweildauer in den Übergangwohnheimen hat sich der Anteil, der uns aufsuchenden Spätaussiedler, die schon in eigenen Wohnungen leben, stark erhöht. Diese Ratsuchenden nutzen gerne das Angebot der späten Sprechstunde am Donnerstagabend. Auch die Möglichkeit einer Terminvereinbarung außerhalb der offenen Sprechstunden wird von einer hohen Anzahl der Spätaussiedler gerne in Anspruch genommen.

Das Konzept der Diakonie, die Beratung in den verschiedenen Phasen der Integration hat sich bewährt. Es umfasst alle Fragestellungen, die für die Zuwanderer relevant sind.

So geben wir bei den Erstberatungen Informationen zu unseren Systemen der sozialen Sicherung, zu Rechten und Pflichten als Zuwanderer (Wohnungssuche, Sprachkurse, Ausbildung, Schule, Kindergarten, Umweltschutz, Versicherungen, Kredite).

Da aufgrund der mangelnden deutschen Sprachkenntnisse der deutschstämmigen Spätaussiedler deren Ehepartner oftmals als Ausländer hier einreisen, hat diese Gruppe der Zuwanderer zunehmend mehr Hilfestellung hinsichtlich der Status- und Verfahrensfragen benötigt. Ein weiteres Problem dieses Personenkreises war die fehlende Sprachförderung. Das Arbeitsamt hat im Hinblick auf das neue Zuwanderungsgesetz keine Mittel hierfür mehr zur Verfügung gestellt.

Ein ehrenamtlicher Mitarbeiter aus Osterath, der auch über russische Sprachkenntnisse verfügt, hat daraufhin speziell für diese Zuwanderungsgruppe mehrmals in den Woche individuelle Sprachförderung im Übergangwohnheim angeboten, und wird dies bei Bedarf auch im kommenden Jahr anbieten.

In der weiterführenden Beratung zeigen wir Möglichkeiten zur schulischen und beruflichen Orientierung auf, in Kooperation mit dem Arbeitsamt, dem Sozialamt, dem Jugendgemeinschaftswerk und der Otto-Bennecke-Stiftung. Hierbei unterstützen wir die Spätaussiedler bei der Durchführung ihrer Berufsanerkennungen, sowie bei dem Erstellen von Bewerbungsmappen. Vielfach hat unsere Mitarbeiterin in Rollenspielen mit Aussiedlern die Situation bei Bewerbungsgesprächen eingeübt, und sie anschließend zu diesen Gesprächen begleitet. So sind wieder mehrere Arbeitsaufnahmen und Umschulungsmaßnahmen möglich geworden. Ein Jugendlicher konnte in eine Ausbildungsstelle in Osterath vermittelt werden.

Im Rahmen der Gesundheitsprävention haben wir Kochkurse durchgeführt, in denen wir den Aussiedlerfrauen aufgezeigt haben, wie man mit einheimischen Produkten vollwertig kochen kann, haben Diätpläne zur Gewichtsreduzierung mit Betroffenen erstellt, sowie über ernährungsbedingte Krankheiten informiert.

Der Beratungs- und Unterstützungsbedarf von Spätaussiedlern lässt mit wachsender Aufenthaltsdauer nicht zwangsläufig nach, er verändert sich nur. So nahm im letzten Jahr die psycho-soziale Beratung ständig an Bedeutung zu.

Auf der Suche nach einer neuen Identität und sinnvoller Lebensplanung kommt es in den Familien vielfach zu großen Spannungen. Zum einen locken die neuen sozialen und wirtschaftlichen Möglichkeiten, zum anderen kommt es aber auch häufig zu Trauerreaktionen über den Verlust der bisherigen Heimat und zu Enttäuschungen über unrealistische Hoffnungen und Erwartungen hinsichtlich der Integration auf dem Arbeitsmarkt.

Mit dieser Problematik beschäftigt sich auch der Arbeitskreis „Spätaussiedler“, in dem auf örtlicher Ebene Sozialarbeiter der Stadtverwaltung, der Caritas, der Diakonie, dem Jugendgemeinschaftswerk, sowie der Jugendzentren „Nusschale“ in Osterath und Atrium in Lank als gut funktionierendes soziales Netzwerk zusammenarbeiten.

So hat dieser Arbeitskreis 2004 einen Deutschkurs für junge Mütter mit Kinderbetreuung eingerichtet, der z. Z. in der „Böhlersiedlung“ in Büberich jungen Müttern, die aufgrund der Versorgung von Kleinkindern nicht an den anderweitig angebotenen Sprachkursen teilnehmen können, die Möglichkeit gibt deutsch zu lernen.

Weitere Angebote für jugendliche Spätaussiedler ebenfalls in der „Böhlersiedlung“ sind für 2005 geplant.

Die Diakonie sieht in diesen Gruppenangeboten eine Kernaufgabe der Integrationsbegleitung für die Spätaussiedler. Wir bieten themenorientierte Gesprächskreise, Informationsveranstaltungen, besuchen gemeinsam Städte und Museen in der Region. Die Spätaussiedler nutzen gerne die Möglichkeit der Begegnung und des Austausches untereinander. Das Erlebnis, dass viele in einer ähnlichen Lage sind oder die Erkenntnis, dass Spätaussiedler, die schon vor Jahren eingereist sind, erfolgreiche Schritte hinsichtlich der Integration unternommen haben, wirkt sich im Rahmen des Gruppenprozesses sehr positiv auf das Integrationsgeschehen aus.

Über diese Gruppenangebote und durch Hausbesuche in der Nachbetreuung, halten wir Kontakt zu zahlreichen Familien in Meerbusch und Krefeld.

Durch regelmäßige Teilnahme unserer Mitarbeiterin an Weiterbildungsveranstaltungen unseres Dachverbandes in Düsseldorf werden fundierte Kenntnisse in allen die Eingliederung betreffenden rechtlichen Regelungen ständig auf dem neuesten Stand gehalten.

Ein breites Hintergrundwissen über die geschichtlichen Erfahrungen und die jetzige Situation der ethnischen Minderheiten in den GUS-Staaten hat sich unsere Mitarbeiterin während ihrer mittlerweile 15-jährigen kontinuierlichen Aussiedlerberatung angeeignet. Dadurch ist ein umfassendes für die Arbeitsinhalte wichtiges interkulturelles Arbeiten gewährleistet, um die Einstellungen und Handlungen der Zuwanderer deuten und verstehen zu können.

Da diese Zuwanderungsprozesse auch zukünftig in Deutschland zur gesellschaftlichen Normalität gehören werden, sollten diese Integrationsförderungen im Rahmen der Beratungsangebote in der Stadt Meerbusch weiterhin erhalten bleiben, um für die zugewanderten Menschen eine dauerhafte Integration zu gewährleisten.

Meerbusch, den 15.01.2005

Charlotte Kettl

Ute Bishop
Dipl.-Sozialpädagogin

Brigitte Erwig
Dipl.-Sozialpädagogin

Jahresbericht 2004

Zahlen und Fakten

In Lank leben zur Zeit 40 Personen im Wohnheim Am Heidbergdamm 2, davon sechs jüdische Kontingentflüchtlinge aus der ehemaligen Sowjetunion. Sie beziehen Leistungen nach dem BSHG.

Von den Asylbewerbern befinden sich 4 Personen im laufenden Asylverfahren, bei den verbleibenden 36 Bewohnern ist bei 30 das Asylverfahren abgeschlossen. Eine Person hatte die Möglichkeit eine Arbeitserlaubnis zu bekommen und ist so in der Lage, für sich und seine vierköpfige Familie den Lebensunterhalt selbst zu bestreiten.

Das Wohnhaus in der Wittenberger Str. 9 wird zur Zeit von 38 Personen bewohnt. Hiervon sind noch 6 Personen in einem laufenden Asylverfahren, 2 Personen sind unabhängig vom Leistungsbezug nach dem Asylbewerberleistungsgesetz.

Neunzehn weitere Personen leben in Privatwohnungen, von ihnen sind keine im laufenden Asylverfahren. Weitere vier Personen bestreiten ihren Unterhalt selbst.

In Strümp wohnen 12 Personen in Privatwohnungen, von ihnen befinden sich noch drei im Asylverfahren. Sieben Flüchtlinge beziehen Leistungen nach dem AsylbLG.

Frau Bettendorf hat im Jahr 2004 noch bis März die Vertretung für Frau Bishop übernommen. Ab 1. März ist Frau Bishop über eine zweimonatige Wiedereingliederung in die Asylarbeit zurückgekommen. Nach einer mehrwöchigen Phase der Übergabe schied Frau Bettendorf am 30. April aus. Ab 1. Mai war dann Frau Bishop wieder mit voller Stundenzahl tätig. So konnte eine nahtlose Übergabe gewährleistet werden.

Im März gab es einen Brand in der unteren Etage des Übergangsheims, was bei den Mitbewohnern doch Anspannung und Stress auslöste. Die Mitarbeiter haben kurz nach Bekanntwerden schon vor Ort die notwendigen Evakuierungsmaßnahmen ergriffen. Die Nachbarn waren sehr hilfsbereit und halfen mit Decken und warmen Getränken. Schon Mittags konnten die meisten Betroffenen in andere Zimmer. Gott sei Dank hatte der Brand sich nur auf ein Zimmer beschränkt. Die Nachbarzimmer und die darüberliegenden Zimmer waren jedoch stark verrußt. Einige Bewohner sind sofort mit Verdacht auf Rauchvergiftung ins Krankenhaus gebracht worden und konnten schon nach kurzer Zeit wieder Entlassen werden. Für eine psychisch Kranke und für einige Kinder war dieser Vorfall jedoch ein traumatisches Erlebnis, das länger brauchte bis es einigermaßen aufgearbeitet war.

Tätigkeitsbericht Frau Bishop

Genau wie im Vorjahr stand die Einzelfallhilfe im Rahmen der Beratungstätigkeit im Vordergrund. Anfang des Jahres standen Probleme, wie drohende Abschiebung, Schwierigkeiten bzgl. Visums zwecks Familienzusammenführung, Härtefallantrag und Legalisierung eines Illegalen auf dem Programm. Das konzipierte Zuwanderungsgesetz warf immer wieder seine Schatten auf die Asylarbeit. Es gab sehr viel Verunsicherung bei den Klienten. Auffallend war bei meiner Tätigkeit, dass sehr viele Langzeitfälle zu betreuen waren. Gerade die Visumsbeschaffung zog sich über einen langen Zeitraum hin, konnte aber im September glücklich abgeschlossen werden. Es gab in diesem Fall aber trotzdem noch weiteren Beratungsbedarf wegen Einbürgerung, finanzieller Hilfen und Wohnungssuche.

Das neue Zuwanderungsgesetz wird glücklicherweise die alte Visumsregelung vereinfachen.

Im letzten Jahr ist eine Familie freiwillig in den Kosovo ausgereist. Wir haben bei der Organisation und der Vermittlung von materiellen Hilfen die Familie unterstützt. Eine andere Familie wurde nach Serbien abgeschoben. Da an dem Morgen die Kinder (Jugendliche) nicht auffindbar waren, sind Vater und Mutter alleine zurückgeschickt worden. Nach einigen Wochen ist der Junge wiedergekommen und ebenfalls zurückgeführt worden. Das Mädchen ist noch nicht wieder aufgetaucht und lebt vermutlich bei Bekannten mit allen Nachteilen und Gefahren. Kein Einkommen, keine ärztliche Versorgung, zur Fahndung ausgeschrieben.

Es wäre sehr hilfreich, wenn Eltern ohne ihre Kinder nicht abgeschoben werden dürften, den auch Jugendliche, selbst wenn sie schon 18 oder 19 Jahre alt sind, werden mit solchen Vorkommnissen emotional und lebenspraktisch überfordert.

Eine afrikanische Familie aus der DR Kongo ist trotz Härtefallantrag Anfang des Jahres untergetaucht, so dass die Härtefallkommission aufgrund der entstandenen Illegalität den Fall nicht weiter verhandelt hat.

An dieser Stelle muss man noch einmal darauf hinweisen, dass viele Familien bei drohender Abschiebung verständlicherweise in Panik geraten und dann völlig kopflös reagieren.

Für irakische, tamilische und afghanische Familien gab es vermehrt Rückruf- und Widerspruchsverfahren durch das Bundesamt. Diese Verfahren wurden teilweise auch durch den Antrag auf Einbürgerung ausgelöst. Familien die sich in einem sicheren Status glaubten, die schon viele Jahre hier leben und arbeiten, werden aufgefordert in ihre Heimat zurückzukehren, da die Voraussetzung des Asyls nach § 51 nach Auffassung des Bundesamtes nicht mehr Vorliegen. Über einen Anhörungsbogen können sie sich dazu äußern und bekommen je nach Entscheid eventuell nur noch eine Duldung oder müssen in ihre Heimat zurückkehren. Das zum Beispiel auch für Iraker zu einer Zeit, wo die Medien täglich über die schlimme Situation im Irak berichteten. Es wurden sogar irakische Christen angeschrieben, obwohl bekannt ist, dass sie zu der Zeit im Irak extrem verfolgt und angefeindet wurden.

Diese Schreiben waren immer wieder eine enorme psychische Belastung und die Menschen verlieren verständlicherweise das Vertrauen in ihre neue Heimat Deutschland. Wir halten das für eine sehr bedenkliche Entwicklung.

In einem anderen Fall löste ein solcher Brief vom Bundesamt bei einer srilankischen Familie völlig unnötig Irritationen aus, da Ehemann und Kinder schon deutsche Staatsbürger sind und für die Ehefrau trotzdem ein solches Verfahren eingeleitet wurde. Da dies sicherlich kein Einzelfall ist, werden so nicht nur unnötige Ängste ausgelöst sondern auch unnötige Kosten verursacht.

Weitere Problembereiche waren Wohnungssuche, Arbeitssuche, Hilfen bei Anträgen, Schwangerschaften, Schulbesuch familieninternen Schwierigkeiten. Wir vermittelten Fördermaßnahmen, Sprachkurse, Einzelförderung durch Ehrenamtliche im häuslichen Bereich und Hausaufgabenhilfe durch den Arbeitskreis. Die Zusammenarbeit mit der Schule, besonders mit der Sonderschule war sehr gut.

Auch 2004 wurden regelmäßig Hausbesuche gemacht, um die familiären Hintergründe kennenzulernen und den Kontakt zu den Flüchtlingen zu stabilisieren.

Wohnungs- und Arbeitsvermittlung sind häufig schwierig, weil nur wenige Hauseigentümer ausländischen Familien eine Wohnung geben, besonders wenn es eine kinderreiche Familie ist. Auch Arbeitsplätze, besonders für Ungelernte, sind sehr knapp.

Deshalb ist es besonders ärgerlich, dass immer wieder die berechtigte Befürchtung aufkeimt, dass Flüchtlinge mit Duldung oder solche mit Aufenthaltserlaubnis, die keinen Pass vorlegen oder ausreisen könnten, nach dem neuen Zuwanderungsgesetz nicht mehr arbeiten dürfen. In den Beratungen ist dies ein häufig genanntes Problem, dass die Flüchtlinge natürlich sehr beschäftigt. Es würde dann auch ein Problem für die Kommunen, da all diese Flüchtlinge wieder in die Sozialhilfe zurückfallen. Hier besteht dringender Handlungsbedarf diese Ausführungsbestimmungen zum neuen Zuwanderungsgesetz klären zu lassen.

Ab 1. Januar wird auch die Ausländerbehörde und nicht mehr das Arbeitsamt für die Arbeitsbewilligungen zuständig sein. Man kann sich vorstellen, dass es zumindest im Januar, aber wahrscheinlich noch länger Probleme und Verzögerungen geben wird und die Behörde von einer Welle fragender, unsicherer Flüchtlinge überrollt wird. Leider gab es auch Ende Dezember noch keine klaren Aussagen der Ausländerbehörden bezüglich der neuen Gesetzgebung, da es noch keine Durchführungsbestimmungen gab.

Mit den Ausländerämtern könnte die Zusammenarbeit noch besser werden. Es scheitert oft daran, dass telefonische Zusagen für Klienten nicht eingehalten werden oder sehr viel Zeit vergeht, bis bestimmte Dinge eingeleitet werden, so dass der Klient oft mehrmals dort vorsprechen muss. Dies ist für den Klienten sehr belastend und oft kostspielig. Allerdings muss man auch erwähnen, dass in einigen Fällen nach Absprache mit den Sachbearbeitern / innen auch sehr flexible Lösungen möglich sind.

In Lank gibt es zur Zeit nur wenige freie bezahlbare Wohnungen für Familien mit mehreren Kindern. Im Übergangsheim beschwerten sich häufig die Mitbewohner über Familien mit Kindern, die dann besonders nach 22.00 Uhr noch nicht schlafen und zuviel Lärm machen. Dadurch entstehen Spannungen. Umzüge in Privatwohnungen sind nur vereinzelt möglich. Selbst für Kontingentflüchtlinge, die möglichst nicht lange in Übergangwohnheimen wohnen sollten, finden sich nur schwer Wohnungen.

Für die Kinder fehlt im Übergangsheim eine Anlaufstelle (großer Raum mit zeitweiser pädagogischer Betreuung), um den Kindern eine sinnvolle Freizeitgestaltung zu vermitteln. Besonders die Jugendlichen langweilen sich sehr oft und machen dann Unsinn. Eine Einrichtung ähnlich der Hausaufgabenbetreuung wäre vorstellbar, evtl. auch mit 1 Euro-Jobs, wenn ein geeigneter Raum zur Verfügung stünde.

Die Hausaufgabenbetreuung lief auch während meiner Krankheit weiter. Frau Bettendorf hat die Ehrenamtlichen einige Male eingeladen, wobei die Frauen auch sehr selbständig arbeiten. Zusätzlich zur täglichen Hausaufgabenbetreuung Am Heidbergdamm werden vier Kinder im häuslichen Bereich in Einzelbetreuung gefördert.

Allerdings stellte ich bei meinem ersten Kontakttreffen im Mai eine große Unzufriedenheit fest, die sich vor allen Dingen an dem spärlichen und unregelmäßigem Besuch der Hausaufgabenkinder festmachte. Es kamen oft nur noch ein oder zwei Kinder zur Hausaufgabenbetreuung und die Disziplin ließ sehr zu wünschen übrig.

Die Motivation der Ehrenamtlichen bröckelte bedenklich ab.

Deshalb haben wir die Situation analysiert und festgestellt, dass es an Gruppenaktivitäten, wie Festlichkeiten, Basteln und Ähnlichem fehlte, was früher immer für eine gute Gruppendynamik sowohl bei den Kindern und Eltern als auch bei den Betreuern gesorgt hatte.

Als erste Maßnahme beschlossen wir im September ein Kaffeetrinken für die Mütter der Hausaufgabenkinder und der Ehrenamtlichen durchzuführen mit dem Ziel, die Ehrenamtlichen noch einmal vorzustellen und für die Hausaufgabenbetreuung zu werben.

Der Erfolg war enorm: ein sehr geselliges Zusammensein und gegenseitiges Kennenlernen und beim nächsten Hausaufgabentreffen 15 Kinder. Zur Zeit schwankt die Zahl zwischen 6 und 15 Kinder.

Im Dezember haben wir dann spontan eine kleine Nikolausfeier veranstaltet und die Johanniter Hilfsgemeinschaft hat als Geschenke Rucksäcke spendiert. Die Kinder waren sehr engagiert bei der Sache und haben sich sehr über die Geschenke gefreut. In zwei anderen Fällen konnte die Hilfsgemeinschaft ebenfalls Herzenswünsche erfüllen.

Im Rahmen der Arbeitskreis-Treffen wurde auch die 2003 begonnene Fortbildung fortgeführt. Anfang des Jahres (noch mit Frau Bettendorf) ein Vortrag über unbegleitete Jugendliche und im Oktober eine kleine Übersicht über das neue Zuwanderungsgesetz.

Tätigkeitsbericht Fr. Erwig

Die Tätigkeit umfasste im vergangenen Jahr 2004 ebenso wie in den Vorjahren sowohl die allgemeine soziale Beratung wie auch besonders die intensive Langzeitbegleitung. Diese betraf überwiegend Bewohner der Übergangsheime Wittenberger Straße und Am Heidbergdamm.

Auch schwerpunktmäßig ergab sich zum Vorjahr keine wesentliche Veränderung – eher verstärkten sich Zusammenarbeit und Austausch mit therapeutischen Einrichtungen und Fachkräften wie Tageskliniken, Traumatologiestationen, sozialpsychiatrischer Dienst, Psychotherapeuten etc.

In dem die einerseits therap./ärztl. Begleitung und auf der anderen Seite die sozialpäd. Betreuung in entsprechenden praktischen Hilfestellungen in den unterschiedlichen Lebenslagen weitestgehend aufeinander abgestimmt wurden, war häufig ein aktiver Schritt des Einzelnen/Ratsuchenden zur Problembewältigung möglich. Durch dieses ressourcenorientierte Konzept waren sowohl bei den Erwachsenen wie auch bei Kindern erfolgversprechende Entwicklungen zu beobachten.

In einem Fall konnte trotz erneuten stationären Aufenthalt des Vaters auch im vergangenen Jahr die Stabilität der vierköpfigen Familie erhalten bleiben durch gesprächs- und ergotherap. Begleitung der Kinder. Auch in zwei anderen Familien wurde durch die kontinuierliche Betreuung und lösungsorientierte Kurzzeittherapie von jeweils einem Kind eine pathologische Entwicklung deutlich abgewendet. Im erstgenannten Fall musste allerdings die Härtefallkommission zusätzlich eingeschaltet werden, um den Aufenthalt vorläufig zu gewährleisten, da eine Rückkehr zum jetzigen Zeitpunkt das Erreichte mehr als in Frage gestellt hätte.

Bei der mehrjährigen Langzeitbetreuung eines alleinerziehenden Vaters mit drei kleinen Kindern ergab sich inzwischen die Notwendigkeit, durch eine Tagesmutter für Unterstützung in der Familie zu sorgen. Durch die Flutkatastrophe ist der Kontakt zur Mutter und drei weiteren Geschwistern in Sri Lanka abgebrochen, was eine neue Dimension leidvoller Erfahrung für diese Flüchtlingsfamilie bedeutet.

Durch die enge Zusammenarbeit mit Schulen und medizinischen Einrichtungen zeigten sich auch verstärkt das Interesse am kompetenten Umgang mit anderen Kulturen und die erheblichen Bemühungen um Verständnis für Migrantenfamilien, Asylbewerber etc.

Voraussetzung ist natürlich immer wieder u.a. von unserer Seite, für Aufklärung und Informationen zur Verfügung zu stehen. Ausgerechnet auch im Falle einer Abschiebung wurde das zum Beispiel sehr deutlich: Lehrer (hier an einer Grundschule) kommen in Erklärungsnot ihrer Klasse gegenüber und suchen Rat, um Fragen ihrer Schüler beantworten zu können. Hier wurde seitens der Schulklasse sogar Briefkontakt zu der Familie und damit zu der ehemaligen Mitschülerin im Heimatland aufgenommen. Jetzt besteht ein fester Austausch, der allen Beteiligten hilft, das Erlebte zu verarbeiten.

Neben der institutionellen Netzwerkarbeit und den Kurzzeitberatungen zu verschiedenen Problemstellungen gehörte zu den allgemeinen Anfragen während der Sprechstunden nach wie vor der Wunsch nach einer Privatunterkunft, zwei Familien mit jeweils drei Kindern (beide Selbstverdiener) konnten eine eigene Wohnung beziehen.

Ausblick auf 2005

Das neue Schulgesetz sieht jetzt vor, dass Flüchtlingskinder bzgl. des Schulrechts gleichgestellt werden. Das bedeutet, dass für sie die gleichen ordnungsrechtlichen Maßnahmen eingeleitet werden, wenn sie nicht regelmäßig in die Schule gehen.

Mit dem neuen Zuwanderungsgesetz, gültig ab Januar 2005, werden sich Veränderungen und neue Perspektiven ergeben.

Ende 2004 waren viele Klienten verunsichert, ob sie mit der neuen Duldung arbeiten dürfen. Viele Irritationen sind auch mit der neuen Aufenthaltserlaubnis verbunden. Es gibt noch keine klaren Angaben, wann die Ausländerbehörde in Grenzfällen eine Niederlassungserlaubnis erteilt. Die neue Aufenthaltserlaubnis vermittelt bei den Klienten oft einen falschen Eindruck und falsche Hoffnungen, weil sie sie mit der alten Aufenthaltserlaubnis gleichsetzen.

Es bleibt zunächst abzuwarten, was behördlich konkret umgesetzt wird und wie damit von unserer Seite umzugehen ist.